**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz
**Band:** 67 (1988)
**Heft:** 10

**Artikel:** In Osteuropa ist vieles in Bewegung geraten : Reformen, Aussenhandel und Comecon

**Autor:** Haber, Peter

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-340643

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 09.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

«Lebensliteratur» bezeichnet, auf dem Markt, wo Lügen verkauft werden (Brecht), angeboten werden? Wäre es nicht vorzuziehen, die Literatur der Arbeitswelt in eigens dafür aufgebauten Verlagen, Zeitschriften und andern Distributionsformen von den Produzenten selber unter ihre Adressaten, Arbeiterinnen und Arbeiter wie sie, bringen zu lassen?

*Das Versagen der Arbeiterführer*

Mancher denkt jetzt wehmutsvoll an die Büchergilde Gutenberg, an die Arbeiter-Illustrierte Zeitung mit Leuten wie John Heartfield, an den Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller der dreissiger Jahre mit Autoren wie Kurt Kläber (alias Held), Hans Marchwitza u.a. mit ihren «Roten Ein-Mark-Romanen»: alles von Hitler weggefegt...

*Und aber nach dem Kriege?*

Die Führer der Arbeiterbewegung haben sich so sehr mit dem Parlamentarismus überbeschäftigt, dass daneben keine Zeit mehr für das «Bewusstsein» blieb, musste doch ununterbrochen aufgepasst werden, dass der Arbeitsfrieden von einer murrenden Basis nicht gebrochen wurde.
Im Gegenteil: Zuviel Wissen um die Geschichte der Niederlagen – und über diese berichtet die Literatur der Arbeitswelt (die «Arbeiterliteratur», wie es bis in die Weimarer Republik hiess) ebenso schonungslos und klarsichtig, wie über die wenigen Siege – zu viele Kenntnisse also über die eigene soziale Lage hätten wohl viele, allzuviel denkende Arbeiter («Die Arbeiterklasse erlebte dauernd Niederlagen. – Wer führte sie da hinein?») von der Burgfriedenspolitik ihrer Leader abspenstig gemacht... So wurden fahrlässig in jahrzehntelanger Freizeitarbeit aufgebaute Bildungswerke kampflos preisgegeben... Der Büchergilde Gutenberg war es zu verdanken, dass eine ganze Reihe Arbeiter- und Exilschriftsteller auch während des Faschismus weiter publizieren konnten. Wo könnte heute ein Oppositioneller noch publizieren? Ein Jakob Bührer? Ein Upton Sinclair? Ein Jack London? Ein Ignazio Silone?

*Und heute?*

Einverstanden: Literatur der Arbeitswelt, das ist kein Thema mehr. Die Werkstatt-Publikationen werden in den Medien nicht einmal zur Kenntnis genommen – oder dann in drei Zeilen höhnisch von akademischer Warte aus abgekanzelt. Ein Wallraff muss sich in Lebensgefahr bringen, um das aufzuschreiben, was Hunderttausende erleben, die man von jeglicher Bildung ausschliesst.
Sollen wir, soll ich «Geburtshelfer» spielen, indem ich, indem wir zumindest unser Wissen als mögliches Trittbrett für solche zur Verfügung stellen, die kein Staat, keine Familie, keine Schule fördern konnte, fördern wollte? Was heisst überhaupt «fördern»? Fördern wir mit unserer bürgerlichen Kultur im Hintergrund in eine falsche Richtung, «be-fördern» wir Menschen mit andern Inhalten, andern Bildern, andern Mythen und Traditionen in eine Bildungswelt, die fragwürdig geworden ist? Transportiere ich mit der orthodoxen Orthographie des Wortes «Athentizität» nicht auch einen Herrschaftsinhalt? Erhebe ich als Tui nicht einen Herrschaftsanspruch, der mir nicht zusteht? Ich bin seit zehn Jahren Mitglied der Werkstatt Arbeiterkultur Basel – und ich wüsste heute weniger denn je eine Antwort auf diese Fragen.

*In Osteuropa ist vieles in Bewegung geraten*

# Reformen, Aussenhandel und Comecon

*Von Peter Haber*

*Seit Generalsekretär Michail Gorbatschow in der Sowjetunion das Zeitalter der Perestroika eingeläutet hat, stehen fast im ganzen Ostblock die Zeichen auf Reform. Doch in den sechs europäischen Comecon-Ländern gibt es grosse Unterschiede in den Reformprogrammen – sowohl vom Tempo wie auch von der Stossrichtung her. Und auch im Comecon, der wirtschaftlichen Organisation des Ostblockes, nehmen die Spannungen zu.*
Die osteuropäischen Staaten sind in einer Krise: Die Auslandverschuldung hat sich in den letzten Jahren drastisch erhöht. Nach neuesten Angaben beträgt die gesamte Auslandschuld des Ostblockes über 120 Milliarden US-Dollar. Davon entfallen alleine auf die Sowjetunion rund 37 Milliarden, auf Polen 34. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung hat Ungarn, das es mit 10,6 Millionen

Einwohnern auf 16,5 Milliarden Auslandschulden bringt.
Und der Handel mit dem Westen ist rückläufig. Die Exporte aus dem OECD-Raum in Comecon-Staaten betrugen 1987 nur noch 37,7 Milliarden US-Dollar. Dies entspricht einer Abnahme von 5,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Damit hielt der abnehmende Trend der letzten Jahre weiterhin an. Real waren die Importe des Ostens aus den OECD-Ländern auf der Höhe von 1975.
Vor diesem Hintergrund war eines der Hauptziele der Perestroika, nicht nur die Binnenwirtschaft, sondern auch die Aussenhandelspolitik zu reformieren. Bis zur Reformwelle in den letzten Jahren unter Gorbatschow war die Aussenpolitik geprägt vom Monopol des Staates, Handel mit dem Ausland treiben zu dürfen. Bereits 1928 erliess der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion ein Dekret, das dieses Monopol festschrieb: «Der gesamte Aussenhandel wird nationalisiert.» Nach der damals vorherrschenden Doktrin war dies die Voraussetzung für das Funktionieren der Planwirtschaft.
Forum für die gemeinsame Wirtschaftspolitik im Osten ist das Comecon. Mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt der EG ab 1992 sind auch die Länder des Ostblockes vermehrt daran interessiert, den Handel mit dem europäischen Westen anzukurbeln.

*Comecon und Reform*

Am 25. Juni haben die EG und das Comecon in Luxemburg nach zähem, mehrjährigem Ringen eine gegenseitige Erklärung unterzeichnet und sich damit erstmals gegenseitig anerkannt. Damit ist nun der Weg geebnet für eine verstärkte Ost-West-Zusammenarbeit in Europa. Ungarn hat mit der EG bereits einen Vertrag ratifiziert, andere Länder wie die CSSR stehen kurz vor der Unterzeichnung. So erhalten die Reformen der Aussenwirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern ein besonderes Gewicht. Hintergrund der Aussenwirtschaftspolitik der einzelnen Staaten ist das Ringen um Liberalisierung im Comecon selber. In seiner bald vierzigjährigen Geschichte konnte das Comecon oder der «Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe» (RGW), dies die deutsche Bezeichnung, nicht die Bedeutung erlangen, welche die EG für den Westen des Kontinentes hat.
Am 25. Januar 1949 gründeten in Moskau die Sowjetunion, Bulgarien, Ungarn, Polen, die Tschechoslowakei und Rumänien das Comecon. Es war die erste internationale Organisation der sozialistischen Länder überhaupt.
Bereits 1947 hatte die Sowjetunion die Annahme des Marshall-Planes und eine Beteiligung an der «Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit» (OEEC) abgelehnt. Die OEEC, 1948 auf Initiative der USA in Paris gegründet, war die Vorgängerin der heutigen OECD. Begründung der UdSSR für ihr Fernbleiben: Eine wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von den USA müsse vermieden werden. Die Gründung des Comecon war die Antwort des Ostens auf die Wiederaufbaupläne Amerikas für das vom Zweiten Weltkrieg zerstörte Europa.
Das Comecon-Statut, am 14. Dezember 1959 in Sofia unterzeichnet, umschreibt dessen Ziele: «Die planmässige Entwicklung der Volkswirtschaft, die Beschleunigung des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts, die Hebung des Industrialisierungsniveaus der Länder mit weniger entwickelter Industrie» und die «kontinuierliche Hebung des Wohlstandes der Völker» der Comecon-Staaten.
Zu den sechs Gründungsstaaten kamen noch im selben Jahr Albanien, ein Jahr später die DDR dazu. 1962 wurde die Mongolische Volksrepublik aufgenommen, 1972 Kuba und 1978 Vietnam. Jugoslawien ist seit 1964 assoziiert. Albanien hat 1961 seine Mitarbeit eingestellt, ist aber nach wie vor faktisches Mitglied des Rates. Verschiedene aussereuropäische Staaten nehmen als Beobachter an der Arbeit teil.
Das Comecon ist im Gegensatz zur EG keine supranationale Organisation: Die Beschlüsse sind nicht bindend. Artikel 1 des Statutes garantiert allen Mitgliedstaaten die völlige Souveränität. Hauptziel des Comecon war lange Zeit die Integration, das heisst gegenseitige Abstimmung der zentralistischen Planwirtschaften der einzelnen Länder. Dies war auch die Stossrichtung des 1971 verabschiedeten «Komplexprogrammes». Allerdings war die Integration mit vielen Hindernissen verbunden. Vor allem die kleinen Staaten fürchteten die Übermacht der Sowjetunion im Bund und drängten auf bilaterale Abkommen.
Im Dezember 1985 wurde an einer ausserordentlichen Ratstagung unter Gorbatschow ein neues «Komplexprogramm» beschlossen. In den Bereichen Elektronik, Automatisierung, Atomenergie, neue Werkstoffe und Biotechnologie wollen die sozialistischen Staaten ihren Rückstand zum Westen bis zur Jahrtausendwende einholen. Neu sollen direkte Beziehungen zwischen den Produktionsbetrieben der Comecon-Staaten zugelassen werden. Daneben sind auch «sozialistische Joint Ventures» zugelassen. Es sind seither mehrere Hundert solcher Verträge geschlossen

worden, rund 240 alleine zwischen sowjetischen und polnischen Betrieben.
Doch Haupthindernis auf dem Weg zu einem gemeinsamen Markt im Comecon-Raum ist die fehlende Konvertibilität der Währungen und die verzerrten Preise durch den «Transferrubel». Da auch die einzelnen Comecon-Währungen untereinander nicht konvertierbar sind, wurde 1964 der Transferrubel als künstliche Verrechnungseinheit eingeführt.
An der Ratstagung im Oktober 1987 stimmten die DDR und Rumänien gegen die schrittweise Einführung konvertibler Währungen. Auch auf der Traktandenliste der letzten Comecon-Ratstagung im Juli stand das Thema «Konvertibilität».
Aus Polen kamen Vorschläge für eine weitgehende Reform des Währungssystems. In der Zeitung der polnischen Handelskammer wurde ein Drei-Etappen-Plan propagiert. Zuerst müsse der Transferrubel innerhalb des Comecon konvertibel werden. Dann müsste der Rubel gegenüber westlichen Währungen konvertierbar sein und schliesslich auch die Einzelwährungen.
Doch diese Reformen können über eines nicht hinwegtäuschen: Die Bedeutung des Comecon im Welthandel ist nach wie vor gering. Während die Mitgliedstaaten rund 30 Prozent des Weltsozialproduktes erstellen, entfallen nur gerade 8 bis 9 Prozent des Welthandels auf den Warenaustausch mit den Comecon-Ländern.

### *Ungarn an der Spitze*

An der Spitze der reformfreudigen Länder ist heute nach wie vor Ungarn. Das kleinste europäische Comecon-Land hat bereits 1968 den «Neuen Ökonomischen Mechanismus» eingeführt. Die zentrale Planung sollte aufgehoben und Elemente der Marktwirtschaft eingeführt werden. Damit begab sich Ungarn in ein Dilemma, weil es sich mit diesen Massnahmen dem Weltmarkt öffnen wollte, jedoch in den Strukturen und Verpflichtungen des Comecon verhangen war.
Nach einer sukzessiven Liberalisierung der Binnenwirtschaft wurde in Ungarn auf den 1. Januar 1988 ein neues Steuersystem eingeführt. Seit Jahresbeginn haben die Magyaren eine Mehrwert- und eine progressive Einkommenssteuer zu bezahlen – Novum im sozialistischen Lager. 1986 trat eine Verordnung in Kraft, die rund drei Dutzend Aussenhandelsunternehmen den Export sämtlicher Waren erlaubt. Damit konkurrenzieren sich diese gegenseitig. Ausgenommen von dieser Liberalisierung blieb der Handel mit den Comecon-Staaten, der mehr als die Hälfte der Exporte Ungarns ausmacht. Ebenfalls ausgenommen waren die sogenannten «zentralisierten Produktelinien» – darunter fallen Energieträger, Getreide, Fleisch und Pharmazeutika.

### *Polen: 700 west-finanzierte Unternehmen*

Auch Polen zeigt sich reformfreudig. 1981 gab es eine erste Welle von Erneuerungen: Einerseits wollte sich der Staat auf einige genau bezeichnete Bereiche zurückziehen (Verteidigung, interne Sicherheit, Comecon-Zusammenarbeit u.a.), andererseits sollte in die Unternehmen mehr Selbständigkeit und Selbstverwaltung einkehren. Nach Einführung des Kriegsrechtes wurde die gesamte Exportpolitik wieder der staatlichen Kompetenz unterstellt, und die Neuerungen versandeten.
Im letzten Jahr wurden neue Reformen eingeleitet, die dann teilweise durch die Volksabstimmung im November abgeschwächt wurden. Ziel: eine stärkere Marktorientierung, sowohl im Binnen- wie auch im Aussenhandel. Da Polen weniger exportabhängig ist als das rohstoffarme Ungarn, zielen die angestrebten Reformen mehr auf eine Liberalisierung im Innern. In Polen wurden aber immerhin schon über 700 – meist kleinere – Unternehmen mit Hilfe von Exil-Polen gegründet, wie eine kürzlich veröffentlichte Studie der Uno-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) aufzeigt. Joint Ventures, die mit denjenigen in anderen Comecon-Ländern vergleichbar sind, gibt es etwa ein Dutzend.

### *CSSR: Der «geplante Markt»*

Zurückhaltender ist die Tschechoslowakei. Erst drei Joint Ventures existieren in der CSSR, wie der ECE-Bericht vermerkt. Schlagwort der Wirtschaftsreform, die seit dem Machtwechsel letzten Dezember in der CSSR diskutiert wird, ist der «geplante Markt». Grundlage ist ein im Dezember verabschiedeter ZK-Beschluss. Stärker als etwa in Ungarn wird in der Tschechoslowakei immer wieder betont, dass sich die Reformen an der Perestroika in der UdSSR orientieren. Der Anteil des Westhandels liegt nur gerade bei rund 20 Prozent des gesamten Aussenhandelsumsatzes.
Auf den nächsten Jahreswechsel ist eine tiefgreifende Preisreform geplant. Ab 1989 sollen zumindest die Grosshandelspreise sich vermehrt an den Weltmarktpreisen orientieren. Die CSSR plant auch vermehrt Kredite aufzunehmen und den Wechselkurs der Krone flexibler und realer zu gestalten, um eine weitere Öffnung des tsche-

choslowakischen Marktes zu ermöglichen. Auch die CSSR drängt mittlerweile auf eine stufenweise Einführung der Konvertibilität der Ost-Währungen.

*Bulgarien: Vorbild Sowjetunion*

Auch wenn Bulgarien den Ruf eines besonders UdSSR-treuen Staates hat, im Land, das im Westen am wenigsten bekannt ist, tut sich schon seit Jahren einiges. Anfang der achtziger Jahre begann man in Bulgarien damit, die zentrale Planwirtschaft vorsichtig zu lockern. Im Agrarland Bulgarien betraf dies in erster Linie die Landwirtschaftspolitik. Doch auch Joint Ventures sind seit dem letzten Jahr zugelassen; ihre Zahl beläuft sich allerdings erst auf ein gutes Dutzend.
Vor einem Jahr hat die bulgarische KP dann offiziell den Perestroika-Kurs Gorbatschows übernommen. Das Ministerium für Aussenwirtschaft soll demzufolge nur noch koordinierende Funktionen ausüben, wie die amtliche Agentur Sofia-Press in einer Broschüre schreibt. Der Aussenhandel soll von «sich selbstverwaltenden Wirtschaftsorganisationen» betrieben werden. Weiterhin unmöglich bleibt, was in Ungarn teilweise schon gang und gäbe ist: dass bulgarische Firmen auf dem Weltmarkt miteinander konkurrenzieren.

*Rumänien: Keine Reformbereitschaft*

Überhaupt keine Reformbereitschaft zeigt das rückständigste Land der Comecon-Welt, Rumänien. Während Jahrzehnten stark am Westmarkt orientiert, zog Ceausescu 1981 die Importbremse. Die Verschuldung war auf 9,6 Milliarden US-Dollar angewachsen, und Rumänien musste eine Umschuldung vornehmen. Seither sinkt der Lebensstandard der Rumänen drastisch, und die Industrie ist hoffnungslos veraltet. Die Landwirtschaft – vor allem in einer der ehemaligen Kornkammern Europas, Siebenbürgen – mag nicht einmal die eigene Bevölkerung ernähren.
Doch die Führerdynastie des Conductator Ceausescu zeigt bisher keine Anzeichen, die maroden Wirtschaftsstrukturen zu reformieren. Im Gegenteil: Seit 1986 unterstehen – wie in den fünfziger und sechziger Jahren – die gut drei Dutzend Aussenhandelsunternehmen wieder dem Aussenhandelsministerium. Joint Ventures sind in Rumänien zwar seit 1971 zugelassen – bis heute wurden gemäss ECE-Angaben jedoch erst fünf gegründet. Rumänien ist auch eines der Länder im Comecon, das sich nach wie vor gegen konvertible Währungen wehrt.

*Starres Gefüge in der DDR*

Auch in der DDR ist das Wirtschaftsgefüge starr. Das mag darauf zurückzuführen sein, dass in der DDR die Versorgung im Vergleich mit den östlichen Nachbarn relativ gut ist. Die DDR ist auch in der Lage, hochwertige Produkte für den Weltmarkt herzustellen, und so argumentiert die SED immer wieder, ein Reformbedarf bestehe in der DDR gar nicht.
So ist die DDR das einzige europäische Comecon-Land, das keine Joint Ventures zulässt. Seit Beginn der achtziger Jahre sind in der DDR allerdings die Aussenhandelsbetriebe den Industrieministerien und Kombinaten direkt unterstellt. Dies bedeutet – im Vergleich zu früher – eine Dezentralisation und eine Vereinfachung der Exportbeziehungen. Das Wort «Reform» wurde aber in der DDR immer tunlichst vermieden – «Vervollkommnung des Aussenwirtschaftsmonopols» war die offizielle Bezeichnung.